

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Silbsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehnpaltene Feuilletheile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämmtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

## Mittheilungen des Verbands- Vorstandes.

Um den Wünschen vieler unserer Ortsverwaltungen Rechnung zu tragen, hat sich der Verbandsvorstand mit der Herstellung eines für die Agitation unter unseren dem Verband noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen geeigneten Flugblattes befaßt. Wir stellen dasselbe zur größtmöglichen Verbreitung in jeder gewünschten Anzahl zur Verfügung, und sind Bestellungen an Unterzeichneten einzusenden.

J. A.: Carl Wittig,  
Kaufplatz 12, bei Stephan.

## Grundsätze.

Sage mir, wenn du ein Gewerkschaftsmitglied bist, ob du dich sonst im Leben von den Grundsätzen leiten läßt, die der Gewerkschaftsbewegung zu Grunde liegen; ob du dich bemüht, mit Kopf und Herz ein Gewerkschaftsmitglied zu sein.

Daß jedes Gewerkschaftsmitglied mit Kopf und Herz für die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung eintreten, mit Wort und That für sie wirken soll, ist kein Gebot, das wir den Arbeitern aufdrängen wollen, sondern die wesentlichste Existenzbedingung dieser Bewegung und ihrer gedeihlichen Weiterentwicklung, die unerläßliche Vorbedingung ihres Erfolges.

Wodurch wird eine soziale Bewegung stark und mächtig, wodurch gewinnt sie den Charakter einer Kulturbewegung? Durch den Kulturwert der Interessen, die sie zum Ausdruck bringt, durch die Intelligenz, den Opfermuth und die Begeisterung ihrer Träger. Wer einer solchen Bewegung dienen will, muß bereit sein, seine augenblicklichen persönlichen Interessen den kollektiven Interessen aufzuopfern, denen die Bewegung dient. Dieser Opfermuth ist freilich nicht jedem gegeben, aber keine Bewegung kann Erfolg haben, die nicht Vertreter besitzt, die dieses Opfermuthes fähig sind.

Und die Gewerkschaftsbewegung ist werth, daß die Besten ihrer Vertreter sich für sie aufopfern; sie ist werth, daß jedes Gewerkschaftsmitglied mit ganzer Kraft, mit Kopf und Herz für sie eintrete; sie ist werth, daß jeder denkende Mensch mit ihr befaßt ist.

Der oberflächliche Beobachter sieht freilich in der Gewerkschaftsbewegung nur ein Mittel der Arbeiter, sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung materielle Vortheile zu erringen. Selbst wenn damit ihre Aufgabe erschöpft wäre, müßte sie als ein Kulturfaktor ersten Ranges angesehen werden. Denn so schwer die Erringung materieller Vortheile im Zeitalter der großartigsten Kapital-Konzentration und der brutalsten ökonomischen Klassenherrschaft für die Arbeiter auch sein mag, so sehr ist das Wohl und Wehe der Gesellschaft von dem Erfolg oder Mißerfolg dieser Bemühungen abhängig. Allein damit ist die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung bei weitem nicht erschöpft. Die Gewerkschaftsbewegung ist vielmehr eine Organisation aller sozialen und sittlichen Kräfte, die den denkfähigen Elementen der arbeitenden Klasse zur Verfügung stehen, zu dem Zwecke, diese Kräfte im Interesse

dieser Klasse zur Geltung zu bringen. Die sozialen Instinkte und die daraus entspringenden Anschauungen der Arbeitermassen, die der kapitalistische Klassenstaat mit allen Mitteln zu ersticken sich bemüht, finden in der Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck und bis zu einem gewissen Grade das Mittel ihrer Bethätigung.

Der moderne, denkende Arbeiter will sich nicht nur den Mogen füllen. Er will ein Kulturmensch im wahren Sinne des Wortes werden. Er will sich im Verein mit seines Gleichen des Daseins freuen, seine edlen Triebe und Neigungen zur Geltung bringen, seines Menschenthumes, seiner Menschenwürde froh werden. Dieses Verlangen nach einem wirklich menschenwürdigen Dasein, das sie in ihrer Vereinselzung nicht befriedigen können, veranlaßt die Arbeiter zur planmäßigen Vereinigung. Zu gleicher Zeit läßt sie der brutale, mit religiösen und patriotischen Phrasenflößen verzierte Egoismus der herrschenden Klasse die Nichtigkeit der offiziellen Gesellschaftsmoral und des gesellschaftlichen Rechtes erkennen, und aus der Tiefe ihres natürlichen Empfindens, aus der Tiefe ihres sozialen Rechtsgedankens holen sie die alten, vernachlässigten Grundsätze hervor, die allein das Fundament einer gesunden Moral und eines wirklichen Rechtes sein können: Was du willst, das dir die Leute thun sollen, das thu du ihnen, und was du nicht willst, das dir die Leute thun sollen, das thu du ihnen auch nicht. — Ein Unrecht, das einem zugefügt wird, trifft uns Alle.

Nur wer nach diesen Grundsätzen handelt und sie sich ganz zu eigen gemacht hat, nur wer sich in seinem Thun und Lassen von diesen Grundsätzen leiten läßt und sie bei der Beurtheilung aller sozialen Erscheinungen zum Maßstab und Werthmesser nimmt, ist ein ganzes Gewerkschaftsmitglied. Und je größer die Zahl solcher Gewerkschaftsmitglieder, desto mächtvoller wird die Gewerkschaftsbewegung sich gestalten, desto mehr Einfluß wird sie auf allen Gebieten unseres Kulturlebens ausüben, desto mehr wird sie dazu beitragen, der ökonomischen, sozialen und politischen Herrschaft der kapitalistischen Klasse ein Ende zu machen.

Wer ein gutes Gewerkschaftsmitglied sein will, der muß es im privaten wie im öffentlichen Leben, in der Versammlung seiner Gewerkschaft und am Wahltag sein, er muß es sich zur Ehre anrechnen, überall für die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung, für die ökonomischen, politischen und intellektuellen Interessen seiner Klasse einzutreten.

## Die Förderung des Kulturfortschritts durch Arbeiterinnenschutz.

Frau Emma Jörz hielt im Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckerspreßern am 15. Juni einen längeren Vortrag über obiges Thema und führte ungefähr aus: In lechterer Zeit ist sowohl den Arbeitern, als auch hauptsächlich den Wissenschaftlern die Erkenntniß gekommen, daß durch den geistlichen Schutz der Arbeiter vor übergroßer Anstrengung und Ausbeutung der Arbeitskraft eine Förderung der Kultur zu erwarten sei und seien es hauptsächlich Vereine und Krankenkassen, welche die Forderungen des Proletariats in dieser Hinsicht unterstützen und betragen. Im Parlament wurde ein Antrag der Centrumpartei diskutiert, welcher die verheiratete Frau von der Fabrikarbeit ausgeschlossen sehen wollte. Theoretisch mag es ja ganz richtig klingen, wenn durch die Fabrikarbeit der Frau das Familienleben vernichtet wird, aber praktisch läßt sich ein Gesetz, das der verheirateten

Frau die Fabrikarbeit verbietet, nicht durchführen, wenn man sie nicht gänzlich der Hausindustrie überweisen will, welche nachweislich viel größere Schäden in die Volkswohlfahrt reißt, als die Fabrik. Denn durch die zur Arbeit ungeeigneten Räumlichkeiten, durch ungenügende Beleuchtung wird den Frauen schon die Heimarbeit unzutraglicher, dazu kommt noch die miserable Bezahlung, welche die Mutter zwingt, ihre Kinder vom jüngsten Lebensalter an zu dieser Arbeit anzuhalten, damit durch ihre Hilfe der Verdienst ein wenig verbessert wird, die Kinderfreuden werden ihnen dadurch entzogen und ihre Gesundheit wird wie die der Mutter geschädigt; außerdem ist die Arbeitszeit in der Häuslichkeit unkontrollierbar und kann sich bis ins Unendliche ausdehnen. Dr. Martin hielt in Sachen Umfrage, warum dort verheiratete Frauen mitarbeiten, und giebt an, dies geschehe, um die familiären Verhältnisse zu verbessern, sich Schmutz und bessere Kleidung anzuschaffen und Feste mitmachen zu können und ähnliches; nachher aber theilt er uns mit, daß die Männer dort 8—9 Mark Wochenverdienst haben, die Frauenarbeit mit 7,50 Mark bezahlt wird. Er behauptet, die erwerbende Arbeiterfrau bedeute die Auflösung der Familie und sei die Ursache der großen Kindersterblichkeit; ferner sagt er noch, daß Arbeiterfrauen zu schwach sind, um ihre Kinder selbst zu nähren. — Nun, wir wissen recht gut, daß es weder Leichtsinn noch Sorglosigkeit, sondern zwingende Nothwendigkeit ist, wenn Frauen und Mütter Häuslichkeit und Familie vernachlässigen, um bei der Arbeit in der Fabrik das Einkommen der Familie zu erhöhen.

Wiß Collet wiederum verlangt in ihrem Buch, daß man Ehefrauen gestatten solle zu erwerben, wenn sie Kinder unter 12 Jahren hätten und wenn diese erwachsen, sollten die Frauen vom 40. Jahr an nicht mehr arbeiten. Da drängen sich einem unwillkürlich zwei Fragen auf: Wer pflegt und wartet die Kleinen, wenn die Mutter doch viel nützlicher ist, als den Erwachsenen und wovon lebt die Frau vom 40. Lebensjahre an? Man sieht mal wieder, wie Angehörige der bürgerlichen Klasse doch so wenig im Stande sind, die proletarischen Verhältnisse zu beurtheilen. Wie nötig z. B. Kinder über 12 Jahren noch die elterliche Aufsicht haben, hat man lehtin wohl genug am erkannt. (Sternbergprophet!) Bürgerliche Frauen verlangen, daß man ihnen eine Beschäftigung nach Wahl und Neigung gestatten solle, weil sie ihre Häuslichkeit nicht selber verhehen, ihre Kinder nicht selber pflegen brauchen und behaupten, daß geistlicher Arbeiterdau ein unberechtigter Eingriff in die Rechte der Frauen sei. Andere wieder verlangen für die erwerbthätige Frau einen Erlaubnißschein zur Arbeit, der das Zeugniß eines approbirten Arztes enthält, zum Beweis, daß die Frau die Arbeit ohne Gesundheitsgefährdung ausführen kann und vergessen ganz dabei, daß nicht die Arbeit selbst, sondern deren Bedingungen, eventuell die lange Arbeitszeit, die Gesundheitsfähigkeit herbeiführen. Zweitens soll der Erlaubnißschein einen Nachweis von der Armenverwaltung enthalten, daß die Mitarbeit der Frau unbedingt notwendig ist zur Erhaltung der Familie, drittens sollen die zu Hause befindlichen Kinder genügende Aufsicht haben.

Was wir von der Gesetzgebung verlangen können, wollen und müssen ist Folgendes: Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, die nötige Ruhe und Erholungszeit für Schwanger und während derselben das Einkommen des ortsüblichen Tagelohnes, vollständige Freieitigung der Ausnahmefälle, weiteste Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie, Freigabe des Sonnabends Nachmittags, aktives und passives Wahlrecht zu den Gewerbegerichten.

Das Wahlrecht zum Gewerbegericht ist dringende Nothwendigkeit, denn in strittigen Fällen muß sich die Arbeiterin dem Spruch des Gewerbegerichts unterwerfen genau wie die männlichen Genossen, denen dieses Recht ohne weiteres zugestanden wird. Dr. Fadel hält unsere Forderungen nicht für weitgehend genug, er verlangt den Schutz nicht nur für die verheiratete Arbeiterin, sondern schon von dem Augenblick an, in dem sie die Fabrik betritt. Für die jugendlichen Arbeiterinnen hält er eine 5—6 stündige tägliche Arbeitszeit für angemessen, ferner absolutes Verbot der Nachtarbeit, und hält jede länger

als 10 Stunden währende Beschäftigung dafür, er fordert für Männer und Frauen den gesetzlichen Achtundzweiundzwanzigsten Tag und für Arbeiterinnen den freien Sonnabend Nachmittag, um die häuslichen Arbeiten zu verrichten, damit der Sonntag ein wirklich freier Tag sei. Ausschließung der Frauen von Berrieben, die dem weiblichen Organismus schädlich sind und somitatir dabei, daß im Allgemeinen die Fabrikarbeit weniger schädlich sei als an der Nähmaschine. Bei der bevorstehenden Aenderung des Krankentagegeldes sollte darauf hingewirkt werden, daß den Wöchnerinnen das Krankengeld in der Höhe ihres Verdienstes gezahlt wird; denn wenn sie heut bis zum letzten Moment arbeiten und, sobald es ihnen möglich ist, die Arbeit wieder aufnehmen, so thun sie das weniger aus Lust an der Arbeit, sondern die Noth und der Hunger treiben sie dazu und es ist im Kulturinteresse des Staates und der Gesellschaft nothwendig, Mutter und Kind zu schützen und gerade in jetziger Zeit, wo sich der ehelichen Verbindung so viele Schwierigkeiten entgegenstellen und so viele unverschätzte Mütter mit ihrem Kind dem unbarmherzigen Elend preisgegeben sind. Der Staat muß hier eingreifen und eine Reichskrankenkasse gründen, da die einzelnen Orts- und Gewerbestellen die notwendige Wöchnerinnenunterstützung nicht durchführen können. Daß es keine Unmöglichkeit ist, beweist die Thatsache, daß in Elsass die Kantinenfabrik von Dollfus ihren Wöchnerinnen den vollen Wochenlohn auszahlte, und was einer Privatkasse möglich ist, muß von der Reichskasse auch durchgeführt werden können und Männer und Frauen sollten geschlossen hinter dieser Forderung stehen. Die in letzter Zeit gemachten günstigen Erfahrungen mit den Fabrikinspektorinnen, deren erfolgreiches Wirken schon in der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit zur Geltung gelangt ist, sollte das erwerbende Volk durchweg dazu bewegen, für die weiteren Ausschicklungen der Fabrikinspektorinnen einzutreten. Der Achtundzweiundzweiundzwanzigste Tag aber ist und bleibt unsere Hauptforderung, er soll dem arbeitenden Volk Gelegenheit geben und Zeit gewinnen lassen, für sich selbst, für die körperliche Ruhe und Erholung und zur Bildung und Vermehrung seines Wissens und Könnens wirken zu können. Die Referentin schloß ihren lehrreichen Vortrag mit Bichow's Wort: Die Grundlagen für Bildung und Wissen ist die körperliche Wohlfahrt!

G. S.

## Die Lage der Orts-Krankenkassen für das Buchdruckgewerbe.

Wie vielen Mitgliedern bereits bekannt sein dürfte, steht die Kasse vor der Entscheidung, eine Beitragserhöhung oder eine Herabminderung der Leistungen eintreten zu lassen. Um dem so lange als möglich vorzubeugen, beschloß der Vorstand, durch Einrichtung einer ausgedehnten freiwilligen Krankenkontrolle eine schärfere Bekämpfung des Simulantenthums und somit eine Verminderung der Ausgaben eintreten zu lassen. Zu diesem Zweck waren diejenigen Mitglieder, welche sich infolge des Aufstufes des Vorstandes als freiwillige Krankenkontrolle gemeldet hatten, zu einer Besprechung am 9. Juli nach dem Mesepalast in der Alexandrinenstraße eingeladen.

Der Vorsitzende, Herr Alenz, begrüßte die ca. 100 Erschienenen und bezeichnete die freiwillige Krankenkontrolle als das beste Mittel gegen das Simulantenthum. Früher, als die Kasse nur aus männlichen Mitgliedern bestand, war der Geschäftsgang immer ein guter, seitdem sie aber alle im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen aufnehmen muß, hat sich ihre Lage ständig verschlechtert. Besonders sind durch die Aufnahme der Zeitungsaussträgerinnen die Ausgaben bedeutend gestiegen. Schon in diesem halben Jahre hat die Kasse infolge des außergewöhnlich hohen Krankentages — über 1000 Mitglieder — eine Mehrausgabe von ca. 50000 M. aufzuweisen, rechnet man dazu dieselbe Mehrausgabe für das nächste Halbjahr, sowie die Rücklage zum Jahresende — ebenfalls 50000 M. — so ist es garricht ausgeschlossen, daß die Kasse am Ende des Jahres mit einem Defizit von 150000 M. abschließt. Daß es so nicht weiter gehen kann, ist klar, deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, den Niedergang der Kasse aufzuhalten, und da ist das wirksamste Mittel eine ausgedehnte freiwillige Krankenkontrolle. Möchten sich darum noch mehr Mitglieder, welche in der Lage sind, dieses Amt auszuführen, melden; denn je mehr Krankenkontrollen, desto leichter die Arbeit des Einzelnen. So wie bisher kann die Kasse unmöglich weiter arbeiten. Ob nun eine Kürzung der Leistungen oder eine Erhöhung der Beiträge erfolgt, darüber wird die am 4. August stattfindende außerordentliche Generalversammlung entscheiden.

Nach diesen Mittheilungen des Vorstehenden erläuterte Herr Magnan die Art und Weise der

Thätigkeit der neuen Krankenkontrollen. Zunächst soll Berlin in bestimmte Bezirke getheilt werden und erhält dann jeder Kontrollleur den ihm am nächsten liegenden Bezirk zugewiesen. Erkrankt ein Mitglied, so wird der betreffende Kontrollleur sofort in Kenntniß gesetzt, seit wann der in seinem Bezirk wohnende Kranke arbeitsunfähig gemeldet und welche Ausgehzeit ihm verordnet ist. An dem Krankenkontrollleur liegt es dann, den Kranken im Auge zu behalten. Leider giebt es unter den Simulanten viele, die sich wohl bis um 10 Uhr zu Hause aufhalten, dann aber ihrem Vergnügen nachgehen. In den meisten Fällen ist es bisher nur durch Zufall gelungen, derartige Verhöfe festzustellen, während dies durch eine ständige Kontrolle eher möglich ist, da der Kreis der zu Beobachteten von nun ab ein geringerer wird. Ganz besonders empfiehlt es sich auch, Frauen während ihrer Ausgehzeit zu besuchen, da diese häufig, trotzdem ihnen vom Arzt absolute Ruhe empfohlen wurde, beim Reinmachen, am Waschkas, an der Nähmaschine oder bei sonstigen schweren Arbeiten angetroffen werden. Der Eintritt in die Wohnung ist deshalb stets nothwendig, und zwar ist der Kontrollleur berechtigt, bis 10 Uhr Abends die Wohnung zu betreten. Ebenso zweckmäßig ist auch die Kontrolle — besonders bei den Zeitungsaussträgerinnen — vor der Ausgehzeit, also Morgens, da diese während der Zeit gewöhnlich ihrer Beschäftigung nachgehen und das Krankengeld als eine Zubuße zum Wirtschaftsgelde betrachten. Auch ist es nothwendig, die Kranken stets Sonntags zu besuchen, soweit sie simulantenverdächtig sind. Selbstredend ist dies Amt ein Ehrenamt, was aber nicht ausschließt, daß nothwendige Auslagen vergütet werden. Auf eine Anfrage aus der Versammlung wurde noch bemerkt, daß es unverschätzten Kranken, die bisher in der Kneipe gegessen haben, nicht gestattet ist, auch während der Krankheit dort zu verkehren, während dem Besuch einer Speiseanstalt, in welcher kein Bier ausgeschenkt wird, nichts entgegensteht, allerdings nur während der Ausgehzeit. Auch ist denjenigen Kranken, welche in Gastwirthschaften und Herbergen wohnen, der Aufenthalt in der Gaststube verboten, wie auch Kranke, die noch ein Nebengeschäft haben, nicht in demselben thätig sein dürfen. — Schärfer gerügt wurde auch das Verhalten derjenigen Mitglieder, welche die Aufforderung des Vorstandes, sich als freiwillige Kontrollleure zu melden, als eine Herausforderung zur Denunziation bezeichnen und so verächtlich davon abriethen. Mit Recht ist jenen Ignoranten der Vorwurf zu machen, daß sie durch ihren Indifferentismus dem Simulantenthum Vorschub leisten und somit an dem Niedergang der Kasse Mitschuldige sind.

Zum Schluß hat der Vorsitzende nochmals, noch mehr Mitglieder heran zu ziehen, die sich der Mühe der Kontrolle unterziehen und dadurch die Kasse vor weiterem Schaden bewahren. Von großem Vortheil wäre es, wenn sich auch weibliche Mitglieder zu diesem Amt melden würden, und werden deshalb diese ebenfalls eruchtet, ihre Adressen im Kassenbureau Ritterstraße 94 abzugeben.

## Correspondenzen.

### Berichtigung.

In Nr. 14 der „Solidarität“ wird der Kollege Lohdahl von dem Schreiber des Artikels: „Ein Wort zur Aufklärung des wahren Sachverhalts“ beschuldigt, ein Schreiben unseres Ortsvorstandes, welches an die Vertrauensleute gerichtet war, den Kollegen der D. S. D.-Buchdruckerei vorenthalten resp. unterschlagen zu haben. Demgegenüber erklären wir: Kollege Lohdahl hat besagtes Schreiben uns in einer zu diesem Zwecke von ihm einberufenen Druckerei-Versammlung am Mittag des 19. Juni voll und ganz mitgetheilt, er hat uns nicht das Geringste vorenthalten, sondern sogar noch dasjenige, welches in dem Schreiben vergessen war anzuführen, ebenfalls erwähnt, sobald wir Gelegenheit hatten, uns vollständig mit dem Inhalte des Schreibens beschäftigen zu können.

Wir sind überzeugt, daß Kollege Lohdahl, was dieses Schreiben betrifft, seiner Aufgabe als Vertrauensmann voll und ganz nachgekommen ist und müssen es bedauern, daß die Heuscherung des Kollegen Günther, „von einem Schreiben, in dem von einer außerordentlichen Generalversammlung die Rede sei, nichts zu wissen“, von unserem Vorstande dazu benützt wurde, unsern Kollegen Lohdahl,

der unser Vertrauen in vollstem Maße besitzt, in völlig ungerechtfertigter Weise zu verdächtigen.

Die Mitglieder der Zahlstelle II der Buch-

druckerer D. S. D.

J. A.: Franz Bergmann,  
Alfred Günther, Emil Schulz.

Durch obige Erklärung erübrigt es sich für mich, auf den bewußten Artikel irgendwie einzugehen. Ich habe dazu unsoneniger Ursache, als die in dem Gleichrissel gegen mich gerichteten Ausfälle alles andere, nur nicht lächlicher Natur sind, indem sie nur persönliche Verdächtigungen niedriger Art enthalten.

Heinrich Lohdahl.

Berlin, Zahlstelle I. Bericht der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. Juni 1901. Nachdem um 8 1/2 Uhr die Versammlung eröffnet und die Tagesordnung bekannt gegeben war, theilte die Vorsitzende mit, daß der Vorstand es für nöthig befunden hatte, den Central-Vorstand mit einzuladen, damit dieser das Bild, das er in der Versammlung der Zahlstelle II am 19. Juni gewonnen hatte, vervollständigen könnte. Die Schriftführerin verlas darauf das Protokoll der Versammlung vom 15. Juni und wurde dasselbe von der Versammlung ohne Einwendungen entgegengenommen. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Die gänzliche Aufhebung des Zusammenstufes durch den Vorstand der Zahlstelle II führte die Vorsitzende der Versammlung den ganzen Hergang der Verschmelzungsgeschichte von der Wahl der Statutenkommission an bis zur letzten Versammlung der Zahlstelle II vor Augen; wie man in der Kommission selbst, als auch in die Sitzungen mit den beiden Vorständen niemals recht eintreten konnte und Vorschläge von unserer Seite selten überhaupt beachtet, sondern meist als etwas völlig Unzulängliches abgehan hat; daß man den Wunsch unersättlich, der durch die Kollegin Heydemann im Namen des Vorstandes sowohl an Kollege Wable, als auch an Kollege Köhnisch als Obmann der Kommission geäußert hat, ohne genügende Motivierung abgewiesen wurde, von Kollege Wable, weil er binnen 3 Tagen seinen Vorstandsmittgliedern die Abänderung nicht mehr mittheilen konnte. Kollege Köhnisch machte zum 4. Juni dasselbe Lokal zur combinirten Sitzung fest, trotzdem ihn Kollegin Heydemann am 29. Mai darum ersuchte, das Lokal zu meiden, theilte er ihr thelephonisch am 1. Juni mit, daß er dafür keine Aenderung mehr treffen könnte, vergah aber, sie zu benachrichtigen, daß am 3. Juni eine Sitzung der Statutenkommission stattfindet; man machte der Kollegin Heydemann zum Vorwurf, daß sie diese Sitzung verümt habe, aber eine Einladung dazu hat sie nicht erhalten. Ferner sagte man, daß betwegen die Arbeiten nicht vorwärts gekommen seien, weil sie sich eben nicht mit Allem einverstanden erklären konnte, was die Anderen für gut befanden. Auch soll sie außer der oben benannten noch 3 Sitzungen verümt haben, von denen ihr ebenfalls nur noch 2 bekannt sind. Eine combinirte Sitzung, die Kollegin Heydemann mit Wissen der Statutenberathungskommission einberief, konnte sie selbst nicht besuchen und da der Obmann vorgab, nicht zu wissen, warum die Kommissionmitglieder eigentlich da seien, verließ die Kommission die Sitzung wieder. Von den folgenden combinirten Sitzungen ist noch zu erwähnen, daß Kollegin Heydemann am 4. Juni einen Antrag auf Schluß der Statutenberathung und Festsetzung der Tagesordnung zur gemeinsamen Versammlung und Drudlegung der Statuten stellte, über welchen Geschäftsordnungsantrag man über eine Stunde debattirte, ohne zum Schluß kommen zu können. Am 8. Juni wurde von Kollegin Hanna ein Antrag auf Schluß der Sitzung gestellt und in der nächsten Sitzung wurde ebenfalls von Kollegin Heydemann der Antrag auf Schluß der Statutenberathung und Besprechung über die Vorarbeiten zu der bis zum 25. Juni stattfindenden gemeinschaftlichen Versammlung gestellt, der ebenfalls wieder einen Empörungsturm hervorrief. Von dem übrigen Verlauf der Sitzungen sind die Kolleginnen ja schon durch die Versammlung vom 9. Juni und durch die Zeitung unterrichtet und kam Kollegin Heydemann nun auf die Sitzung vom Montag, den 17. Juni zu sprechen, in welcher angeblich der Vorstand der Zahlstelle II empört war über die Vorgänge in unserer Versammlung vom 15. Juni, in welcher wir uns erlaubten, Vorschläge für die Wahl der Besetzung des Vorstandes und Verwalterpostens zu machen; dies, es wird uns das wohl niemand abstreiten wollen, war unser gutes Recht. Die Sitzung endete dann damit, daß der Vorstand der Zahlstelle II es abschätzte, weitere Verhandlungen zu pflegen und wurde noch am selben Abend ein Circular an die Vertrauensleute geschickt, dessen Inhalt die Aussprüche in unserer Versammlung angeblich wiedergab, in Wahrheit aber mit derselben in grollem Widerspruch stand und das ohne Aenderung angenommene Protokoll beweist am besten, auf welcher Seite die Wahrheit liegt. In der Versammlung am 19. Juni hat dann Zahlstelle II den Beschluß der Urabstimmung rückgängig gemacht. Das war in kurzen Zügen der Hergang der Verschmelzungsarbeiten und die unheilbaren Vorgänge während derselben. Kollegin Heydemann ist nun der Meinung, daß von Seiten des Vorstandes der Zahlstelle II niemals der ehrliche Wille

zur Verschmelzung vorhanden gewesen ist und daß man fortwährend Gründe gesucht hat, um den Zusammenschluß zu Fall zu bringen, was ja nun auch durch Entschiedenheit der Thatsachen gelungen ist. Die Folgen der Einseitigkeit der Zahlstelle II werden wir vielleicht weniger fühlen, als die Kollegen selber, denn wir hätten gerade eine so schlechte Konjunktur nur durch Zusammenhalten aller Kräfte ohne großen Schaden zu überleben vermocht; aber je es drum, wir werden eben mit allen Kräften daran arbeiten, über die Krise hinwegzukommen. Die Vorsitzende fordert die Anwesenden auf, ihre Meinung zu dieser Sache zu äußern und meint Kollegin Clar, daß in den Sitzungen überhaupt keine ernsten Beratungen gepflogen wurden und ihr die Sache direkt kommissarisch vorkam. Kollegin Thiede wundert sich über den Vorwurf, daß Kollegin Seydemann einige Sitzungen veräußert hat und deswegen die Arbeiten nicht vorwärts gekommen sind; sie konstatiert, daß sie die Kommission überhaupt nie vollständig gesehen hat. Ferner theilt Rednerin noch mit, daß der Antrag Bleich durch Kollegen Fucher noch verächtlich und mit dieser Verächtlichkeit angenommen ist. Wir beklagen es nur im moralischen Sinne, nicht vom materiellen Standpunkt aus, daß die Verschmelzung nicht zu Stande kam. Kollege Wittig äußert sich dahin, daß wohl auf beiden Seiten Fehler vorgekommen sind und empfiehlt, einen von ihm unperzeichneten Antrag anzunehmen, dahin lautend, den Verbandsvorstand veranlassend einzutreten und eine combinirte Sitzung stattfinden zu lassen, deren Protokoll in der Zeitung veröffentlicht werden soll. Es sprechen noch der Kollege Vohsahl, die Kolleginnen Clar, Thiede, Hiesel, Hanna und Stiepel zu der Sache und beäussertwortet letztere, statt der combinirten Sitzung lieber eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen. Inzwischen macht Kollegin Seydemann die Bemerkung, daß unsere Versammlung unter Aufsicht des Vorstandes der Zahlstelle II stattfindet und daß der schon aus der vorigen Versammlung als tadelloser Berichterstatter bekannte Kollege G. an der Thüre steht und horcht. Wenn die Kollegen der Versammlung hätten beiwohnen wollen, so wäre ihnen, auf eine höfliche Anfrage hin, der Zutritt nicht verweigert worden und sie brauchten nicht an den Thüren heranzuhören. Nach ziemlich heftiger Debatte, aus der zu ersehen war, daß die Versammlung auf dem Standpunkt beharrt, daß die Verschmelzung eine unbedingte Nothwendigkeit ist und das unvollständige Verhalten des Vorstandes von Zahlstelle II vielfach gerügt wurde, kam der Antrag Wittig zur Abstimmung und wurde derselbe angenommen. Nachdem wurde der 2. als 3. Punkt zurückgestellt und kam zunächst die Ergänzungswahl zum Verbandsvorstand an die Reihe. Kollegin Thiede und Franz sind gewillt zu bleiben und wird letztere von Kollegin Stiepel darauf aufmerksam gemacht, daß sie als Verbandsvorstandsmitglied sich etwas mehr um ihre eigene Zahlstelle kümmern möchte und die Versammlungen heftiger besuchen soll. Kollegin Franz erklärt, dies sei ihr nicht möglich und legt sie deshalb ihr Amt nieder. Es werden nun für die Kolleginnen Franz und Walter die Kollegin Marie Müller einstimmig, die Kollegin Clar gegen 2 Stimmen und die Kollegin Lange einstimmig als Revisorin gewählt. Zum Punkt 3 bemerkt die Vorsitzende, daß wir unseren Nachweis in der Zeitschrift nicht mehr lange haben können, weil das Haus abgerissen wird, und empfiehlt, da der Raum im Winter sehr ungesund ist, diesen schon zum Oktober zu kündigen und ist die Versammlung damit einverstanden. Kollegin Hanna theilt noch mit, daß die Apotheken den Krankentafeln den Kredit entziehen und wir entweder das Geld für die Recepte selber auslegen oder uns von den näher bezeichneten Drogehandlungen auslegen lassen müssen. Kollegin Hiesel erklärt, daß sie bei Hrn. Dr. Springer in Behandlung gewesen ist, diese aber ihre Krankheit verschleppet hat und durchaus nicht empfehlenswerth sei, dagegen sprach sie sich lobend über Hrn. Dr. Kopenstein, Schönhauser Str. 60, aus, der allen Kolleginnen zu empfehlen sei. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

**Vertrauliche Mitglieder-Versammlung vom 10. Juni 1901.**  
**Tagesordnung:** 1. Berichtigung des Protokolls. 2. Verbandssache und örtliche Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Nach Berichtigung des Protokolls, welches ohne Erwidrerung von den Mitgliedern angenommen wurde, ging der Vorsitzende auf den nächsten Punkt über. Indem nichts Erwähnenswerthes vom Verband eingetroffen, wurde auf die örtlichen Angelegenheiten übergegangen und der Auszug nach Lauth besprochen. Derselbe wird sich hauptsächlich von Mitgliedern, wie auch von Gästen, einer regen Theilnahme erfreuen. Der Vorsitzende machte den Mitgliedern bekannt, daß der 5/8 Uhr-Zug in Lauth nicht hält, sondern erst in Königshaus; deshalb sind wir gezwungen, da der 8 Uhr-Zug auf allen Stationen hält, mit selbigem zu fahren. Kollege Langhammer beantragte, die Kosten für die Fahrt den Mitgliedern aus der Kasse zu vergütigen und wurde nach verschiedener Hin- und Herreden der Mitglieder sowie des Vorstandes der Antrag des Kollegen Langhammer genehmigt. Nach einem Antrage des Vorsitzenden: „ob Mitglieder, die mit Wästen befaßt sind, auch freie Fahrt haben“, wurde dahin beschloffen: „Zum Auszuge nach Lauth haben nur Mitglieder ohne Wäste freie Fahrt“. Weiter erklärte der Vorsitzende, daß Kollege Schmidt

den alten Rest von 2,40 Mk. an den Kassirer bezahlt hat. Auf eine Frage des Vorsitzenden an die Versammlung, wie die allgemeine Stimmung unter den Kollegen über die Beitragsverhöhung wäre, ergab sich, daß verschiedene Mitglieder einerseits zurücker, andererseits auch unzufrieden wären. Kollege Müller beantragt, die Beiträge wöchentlich um 10 Pf. zu erhöhen. Selbiger Antrag wird bis zur General-Versammlung zurückgestellt. Unter Punkt Verschiedenes las der Vorsitzende den Artikel in Nr. 58 des „Correspondent“, der vom Breslauer Maschinenmeister-Verein gegen die Breslauer Buchdrucker-Hilfsarbeiter geschleudert worden ist; selbiger verlas auch noch darauf seine eingehende Berichtigung auf diesen Schmähartikel und wurde dieselbe von der Versammlung beifällig aufgenommen. Kollege Konziella erklärte der Versammlung, daß sich ein junger Breslauer Maschinenmeister in einer öffentlichen Versammlung darüber aufhielt, daß ein Hilfsarbeiter die selbigen Maschinenmeister zukommenden Arbeiten, wie z. B. Zurichtung ausbleiben, Formschleifen usw. usw. zu verrichten weigerte und erklärte der betreffende Maschinenmeister den Hilfsarbeiter für rabiat. Kollege Müller verlas den Bericht über die Bibliothek vom Kartell. Der Vorstand vom Kartell wünscht, daß die Beilegung der Breslauer Gewerkschaften an einer Central-Bibliothek regen sich möchte. Nachdem Kollege Konziella beantragte, daß sich unsere Gewerkschaft der Central-Bibliothek anschließen möchte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hannover.** Versammlungsbericht vom 18. Juni. Die schwach besuchte Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Kiel, um 9 Uhr eröffnet. Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen war, wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung, Vereinsmittheilungen, geschritten und machte der Vorsitzende bekannt, daß eine Neuaufnahme stattgefunden hat. Zu Punkt 2. Vortrag des Steinbrücker Herrn Köhlig über „Klassenkampf und Organisation“, führte Redner ungefähr Folgendes aus: Klassenkampf hätten schon zur Zeit der griechischen und römischen Welt Herrschaft bestanden, ebenso bei den alten Ägyptern. Redner wies auf den Bau der Pyramide hin, welche gewaltigen Bauwerke hundertern von Sklaven das Leben gekostet hatten. Bei der Gründung des Christenthums habe sich das Volk in großer Zahl der neuen Lehre angeschlossen, zumal da durch die Gütergemeinschaft den Armen schon ein besseres Dasein auf Erden in Aussicht stand. Redner kam sodann auf die heutige Zeit zu sprechen, die ja schon gegen früher bedeutend humaner geworden sei, doch fanden heute auch noch erbitterte Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern statt. Redner wies auf den großen Streit und Ausbreitung in Dänemark hin, sowie in jüngerer Zeit in Harburg und Nienburg. Redner sprach sein Bedauern aus, daß noch so viele außerhalb der Arbeiterorganisationen ständen. Die Unternehmer gründen fortgesetzt Vereinigungen wie Minge und Truisis, welchen der kleine Geschäftsmannt machtlos gegenüber stünde. Redner sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die gesamte Arbeiterchaft sich der Organisation anschließen möge, „dann könne der Erfolg garnicht ausbleiben.“ Er ermahnte die Anwesenden für die Organisation fortgesetzt zu wirken. Reicher Beifall lohnte den Vortrag des Redners. Punkt 3. Verschiedenes. In den nächsten Versammlungen wird der 2. Vorsitzende, Koll. Thiele I, den Vorsitz übernehmen, da derselbe von seiner Krankheit wieder genesen ist. Es folgte sodann noch eine lebhafteste Debatte über das Sommerfest und die Saalfrage, an der sich die Kollegen Spertuhl, Hoffmann, Schulz und Othmer beteiligten und erfolgte sodann der Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Bremen.** Versammlungsbericht vom 14. Juli. Die vierteljährliche Generalversammlung wird vom Vorsitzenden Nachmittags 4 Uhr eröffnet und gleichzeitig die Tagesordnung verlesen, diese lautet: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Bericht der Revisoren, 3. Ausfahrt, 4. Gewerkschaftsfeier, 5. Neuwahl des Vorstandes, 6. Verschiedenes. Das Protokoll der letzten Versammlung konnte nicht verlesen werden, da der erste Schriftführer nicht anwesend ist. Die Abrechnung vom 4. Quartal verliest der Vorsitzende. Derselbe erzieht einen kleinen Fehlbetrag von 3 Mk. Weiteres ist die Ursache, daß unsere bisherige Kassirerin ihren Posten niederlegen und gleichzeitig aus dem Verband austreten muß, auf Befehl ihres Mannes, der sich durch den Fehlbetrag gekränkt fühlt. (Ein sehr pugiger Mann. D. R.) Nachdem verschiedene Kollegen ihre Bewunderung ausgesprochen, gelangt folgender Antrag zur Annahme: Die Kollegin R. soll aufgefordert werden, binnen 4 Wochen den Fehlbetrag von 3 Mk. zu begleichen. Nachdem die Revisoren ihren Bericht gegeben, wird die Abtrittszeit und sonstiges für die Ausfahrt bekannt gemacht. Mit den getroffenen Anordnungen ist die Versammlung größtentheils einverstanden. Zu Punkt 4. Gewerkschaftsfeier, wird der Antrag gestellt, ein Transparent anfertigen zu lassen, der Antrag wird genehmigt und dem Vorstand die Ausführung überlassen. Der Vorsitzende ermahnt um allgemeine Theilnahme, besonders an dem Festzuge, außerdem wird gebeten, Festkarten nur von dem Kartelldelegirten, Koll. Schröder, zu entnehmen. Punkt 5. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und des Kartelldelegirten ergibt folgende Zusammensetzung: 1. Schad, 1. Vorsitzender; 2. Dufcher, 2. Vorsitzender; Johs. Werner, 1. Kassirer;

Hrl. B. Euler, 2. Kassirer; Dabel, Schriftführer; Kartell, Pod, Revisor; Carl Schröder, H. Hofles, Kartelldelegirte. Der Posten eines zweiten Schriftführers wurde nicht besetzt, um den Kollegen der Druckerei „Bremer Tageblatt“, welche förmlich durch Abwesenheit glänzend, Gelegenheit zu geben, sich ihrerseits im Vorstand nützlich zu machen. Da zu Punkt 6 nichts mehr vorlag, wurde die leidlich besuchte Versammlung um 5 Uhr 15 Minuten geschlossen. Schad.

**Mannheim.** Die hiesige Zahlstelle unternahm bei sehr zahlreicher Beteiligung am Sonntag, den 14. Juli, einen kleinen Ausflug nach Hundenheim, der sehr schön verlief. Besonders sei hier Gen. Appel erwähnt, der die Teilnehmer mit seinen ungelungenen Vorträgen aufs Beste unterhielt. Einer kleinen Verlosung schloß sich ein Tanzchen an, das die Teilnehmer bis zur späten Abendstunde beizumanteln. Zum Schluß sei noch des Vorsitzenden, Kollegen Stubenbaum, gedacht, der die Leitung der ganzen Sache von Anfang bis Ende in die Hand nahm und wird ihm sowie Gen. Appel an dieser Stelle der beste Dank ausgedrückt.

**Zahlstelle Leipzig.** Mitglieder-Versammlung vom 15. Juli im Vertheilsofale Pantheon. Tagesordnung: 1. Unsere jetzige Stellung zum Gewerkschaftskartell. 2. Festsetzung des Programms zur Partie nach Halle. 3. Bekanntgabe und Ausschluß der Restanten. 4. Herbstvergügen. 5. Verschiedenes. Zum 1. Punkt, Kartellangelegenheit, führt Kollege Schulze an, daß uns vom Kartell Statuten zugegangen sind. Aus denselben wurden die wichtigsten Punkte verlesen und zur Diskussion gestellt. An denselben beteiligten sich die Kollegen Weßhorn, Lippert und Stichel, welche sämmtlich für den Anschluß an das Kartell sprachen und wird demgemäß beschloffen. Zum Delegirten wurde Kollege Schulz, zum Erasmann Kollege Weßhorn gewählt. Zu Punkt 2 verliest Kollege Schulze das von den hiesigen Kollegen entworfene Programm, welches von allen Seiten gutgeheißen wird. Unter Punkt 3 giebt der Vorsitzende bekannt, daß trotz mehrmaliger Einladung der Restanten die Kollegen Hugo Wunfel und Richard Gummich es nicht für notwendig hielten, zu erscheinen und werden dieselben laut Versammlungsbeschlusse vom 21. Mai d. J. ausgeschlossen. Zum 4. Punkt, Herbstvergügen, wurden den Kollegen Weßhorn und Lippert die Vorkarbeiten übertragen. Unter Beruflichem kamen zwei brasilische Fälle zur Sprache. Ein Steinischleifer der Firma Pfitzau erhielt bei seiner Rückkehr von einer 14 tägigen militärischen Lebung als Begrüßung von seinem Vorgesetzten die Kündigung, trotzdem er der Firma acht Jahre seine Kräfte zur Zufriedenheit gewidmet hat und warum? Die Firma hatte während der 14 Tage eine Kraft gefunden, welche es fertig bringt, um 5 Mk. billiger zu arbeiten als ersterer. Commentar überflüssig. Nebenbei erging es einem Kollegen in der Buchdruckerlei von Brandstädter. Der Kollege hatte das Unglück, drei Wochen wegen schwerer Krankheit seine Dienste einzustellen. Dem Kollegen wurde nach seiner Genesung Arbeit angeboten, welche nur als Strafarbeit anzusehen ist und wird nur in Nothfällen zu seiner früheren Thätigkeit herangezogen. Diese angeführten Fälle riefen unter den Kollegen die größte Erregung hervor und wurden von den Kollegen Weßhauer, Müller, Lippert, Stichel und Weßhorn auf das Entschiedenste verurtheilt und darauf hingewiesen, daß nur durch Anschluß aller Kollegen und Kolleginnen an unseren Verband dergleichen Fälle erfolgreich bekämpft werden könnten, da nur eine festgesetzte Organisation im Stande ist, dergleichen unfaubere Manipulationen der Prinzipale energisch zurückzuweisen. Nachdem Kollege Schulze noch mitgetheilt, daß in ungefähr sechs Wochen eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, in der wahrscheinlich der Verbandsvorstand referieren wird, erfolgt mit einem Hinweis, für den Besuch genannter Versammlung recht reger zu agitieren, Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

### Rundschau.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir einen Bericht über die **Frauenbewegung in Dresden**. Nach demselben macht die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen daselbst nur langsame Fortschritte. Trotzdem im Laufe des letzten Halbjahres ein fastliche Anzahl von Versammlungen stattfand, in der die Genossinnen Hiez, Käbler und Vogel referirten, waren die greifbaren Erfolge recht geringe. Eine Umfrage bei den einzelnen Gewerkschaften über die Zahl ihrer weiblichen Mitglieder ergab folgende Daten: In dem Tabakarbeiter-Verband sind 200 Cigarrenarbeiterinnen und nur 16 Cigarettenarbeiterinnen organisiert, obwohl in der Dresdener Cigarettenindustrie wohl gegen 3000 Frauen und Mädchen — darunter sehr viele mit Heimarbeit — beschäftigt sind. Die keramische Industrie verwendet in den Porzellan- und Steingutfabriken gegen fünfhundert Arbeiterinnen. Trotz der eifrigsten Bemühungen ist es noch nicht gelungen, eine einzige davon zu organisiren. Nur 15 von den etwa 1000 Arbeiterinnen, welche in den Buchdruckerien thätig sind, gehören ihrer Gewerkschaft an. In der Dresdener Papierindustrie mögen gegen 1800 Arbeiterinnen thätig sein, davon sind nicht mehr als 8 organisiert. Der Metallarbeiter-Verband zählt 114 weibliche Mitglieder; der Verband der Schneider und Schneiderinnen

ganze 5; der Verband der Blumen- und Blätterarbeiter und -Arbeiterinnen 42. Im Holzarbeiter-Verband sind 8 Arbeiterinnen, Vertreterinnen, organisiert; der Fabrikarbeiter-Verband weist 14 weibliche Mitglieder auf. Von den sehr zahlreichen Handlungsgeschäften gehören nur 5 dem Verband der Handlungsgeschäften an. Alles in allem beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 427. Wie man sieht, haben die Dresdener Gewerkschaften in gewerkschaftlicher Hinsicht ein sehr großes Arbeitsfeld zu bestreiten, auf dem noch unendlich viel — man ist versucht zu sagen fast alles — zu thun ist, und wo die Arbeit unter großen Schwierigkeiten und nur langsam vor sich geht. Besonders interessant für uns ist, zu erleben, daß die Zahl unserer organisierten Kolleginnen in einem ganz minimalen Verhältnis zu den überhaupt in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiterinnen steht. Es bleibt da unseren Dresdener Vertrauensleuten noch ein gut Stück Arbeit übrig und wollen wir nur wünschen, daß die intensive Tätigkeit, welche von denselben augenblicklich entwickelt wird, von Erfolg gekrönt sein möge.

**Der Oberbürgermeister Sahner in Mainz** hat an das Tarifamt folgendes Schreiben gerichtet: „Mit Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 3. April 1900 wollen wir nicht unterlassen, Ihnen ergeben mitzuteilen, daß die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung vom 15. Mai den Beschluß gefaßt hat, die städtischen Druckarbeiten künftig nur noch an solche Buchdruckereien zu vergeben, welche den deutschen Buchdrucker tarif schriftlich anerkennen haben.“ — An diesem Beschluß der Mainzer Stadtverordneten könnten sich auch andere Stadtveräter ein Beispiel nehmen.

**Im Kampf der Glasarbeiter** schreibt uns die Verbandsleitung: Die Urabstimmung, die der Verband der Glasarbeiter unter den organisierten Flaschenarbeitern vorgenommen, hat mit sehr großer Majorität die **Annahme des Generalstreiks** der organisierten Flaschenarbeiter ergeben. Ein anderes Mittel bleibt dem Verband nicht mehr übrig, denn es ist uns zur Gewißheit geworden, daß Heise in Wienburg seine Flaschen aus anderen Quellen geliefert bekommt. Die Kündigung wird seitens der in Betracht kommenden circa 6000 Flaschenarbeiter am Sonnabend, den 13. Juli, eingereicht werden, sodas am 27. Juli der Ausschluß beginnt. Die Glasarbeiter hoffen durch diesen einzigen Schritt, der noch zu unternehmen ist, auf einen endgiltigen Sieg in Wienburg und Schwanstein. Der Schritt ist für den Verband um so schwerer, da die genannten Kollegen nur unter den größten Entbehrungen den Sieg erringen können. In einem Circular sind den Brauereien, Weinhandlungen, Großhändler etc. die Folgen des Streiks für genannte Betriebe vor Augen geführt. Gleichzeitig ersucht genannter Verband die übrigen Gewerkschaften wie die gesamte Arbeiterschaft dringend um Unterstützung.

**Im Tabakarbeiterkampf in Karlsruhe.** Der Kampf hat eine Wendung erfahren insofern, als am 28. Juni die Firma Walter & Sevin ebenfalls den Schiedsspruch des Einigungsamtes anerkannt und ihre Arbeiter sofort eingestellt hat. Die Firma ist aus der Boykottliste zu streichen. Die Namen der Firmen, welche noch immer keinen Frieden wollen, lauten: G. A. Kneiff, G. Medersien, G. H. Dancwacker, Berlin & Bona, D. u. R. Wittig, Rothhardt & Co., Althausen & Bachrodt, F. C. Verhe, Salsfeld & Stein.

**Arbeiter Deutschlands!** Unterstützt die Ausgesperrten in jeder Hinsicht. Doch das Koalitionsrecht!

Die Kommission der ausgesperrten Tabakarbeiter.

Neuerlichen Mitteilungen der Tagespresse zufolge hat auch die Firma Steinert u. Hellmündt die Einigungsbedingungen des Schiedspruches anerkannt.

**Vom Gewerkschaftskartell** haben wir ein Flugblatt zu, in welchem in ausführlicher Weise über den Stand der Bewegung der Cunenwalder Weber berichtet wird. Der verzweiste Kampf unserer Arbeitsbrüder wird nach diesem Bericht trotz der Einmütigkeit und lässigen Ausdauer der Ausständigen für diese und demnach für alle deutschen Leineweber einen schlechten Ausgang nehmen, wenn nicht noch einmal die genannte deutsche Arbeiterschaft fest zu Hülfe springt. Die Streikenden haben sich in den letzten Wochen mit den denkbar niedrigsten Unterstützungen begnügt, doch sind jetzt die Mittel beinahe erschöpft. Bleiben jetzt die Mittel aus, so hat der Kampf sein Ende erreicht und alle Aufopferung war vergeblich. Um dieses zu verhindern, ist es notwendig, daß ein Jeder nochmals sein Ehrenkleid bringt und rufen auch wir unseren Kollegen und Kolleginnen zu: „**Sammelt so viel als möglich für die am Ende ihrer Kraft angelegten Cunenwalder Weber.**“

Die fünfte **Generalversammlung des Deutschen Hilfsarbeiter-Verbands** fand in Nürnberg statt bei Anwesenheit von 178 Delegierten. Der Verband zählte 1900 am Jahresabschluss 398 Verwaltungsstellen mit 100 762 Mitgliedern. Bemerkenswert ist der Wechsel der Mitglieder: 1899 traten bei einem Mitgliederstande von 85 013 in den Verband ein 62 564, aus 52 982; 1900 traten bei dem oben angegebenen Mitgliederstande ein 69 205 geführten wurden 55 526. In der Geschäftsperiode

1899/1900 wurden 87 Angriffsstreiks geführt, an denen 10 032 Personen beteiligt waren. Davon waren 29 erfolgreich, 40 theilweise erfolgreich und 17 gingen verloren. Der Ausgang eines Streiks war bei Abbruch des Streiks noch nicht bekannt. Abwehrstreiks wurden 131 geführt, von denen 12 mit vollem Erfolge und 27 mit theilweisem Erfolge beendet wurden, 49 gingen verloren; neun waren beim Abbruch des Streiks noch nicht beendet, 16 Streiks wurden gegenstandslos. An den Abwehrstreiks waren 6518 Personen beteiligt. Diese Streiks verurachten der Kasse eine Ausgabe von 759 120 M.; für sonstige Unterstützungszwecke wurden 219 503 M. ausgegeben. Der Geschäftsbericht gab Anlaß zu einer sehr ausgedehnten Debatte, die schließlich mit der Vermahnung an den Vorstand endete, er möge die ertheilten Rügen sich in Zukunft zur Richtschnur betrazen lassen. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Agitation. Das ausführliche Referat hierüber soll gedruckt und in etwa 100 000 Exemplaren verteilt werden. Die darin enthaltenen Vorschläge gehen dahin, den Verband in 10 Gauen mit besoldeten Leitern einzuteilen. Auch die Versicherung der Gewerkschaftsbeamten gegen Invalidität, Alter und Unfall kam dabei zur Sprache, die Erledigung derselben wurde jedoch bis nach dem nächsten Gewerkschaftskongress zurückgestellt. Betreffs des Verbandsorgans lagen mehrfache Wünsche vor. Die Herstellung der Metallarbeiter-Zeitung soll nach Ablauf des jetzigen Druckvertrages in einer für den Verband möglichst vorteilhaften Weise geschehen und inhaltlich wirtschaftlichen, sachtechnischen Artikeln mehr Raum zugewiesen und den soz. polit. Gesetzen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, dafür sollen Korrespondenzen, welche ein allgemeines Interesse nicht haben, seinen Platz finden. Zur Waisfeier wurde eine Resolution mit 121 gegen 80 Stimmen angenommen, in welche die Arbeitsruhe in allen Betrieben anordnet, in welcher drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind, sofern bei zu erfolgender Abstimmung sich die Mehrheit für dieselbe erklärt. Für die in Cunenwalde streikenden Weber wurden 1000 M. bewilligt, über alle auf Erweiterung des Unterstützungswesens hinauslaufenden Anträge zur Tagesordnung übergegangen und schließlich eine Resolution gegen die Betriebsräthe angenommen.

**Redaktions-Briefkasten.**  
Anhemmen. Aufnahme Ihres Artikels erfolgt in nächster Nummer nach Aussprache mit dem V.-B.

**Literatur.**  
Von **Peter Lawrow**, dem russischen revolutionären Denker, der vor Jahresfrist in Paris gestorben ist, werden demnächst im Akademischen Verlage für soziale Wissenschaften, Berlin-Bern, die „**Historischen Briefe**“, sein Hauptwerk, herausgegeben werden. Es ist das erste Buch Lawrows, das überhaupt in deutscher Sprache erscheint und ist, seines sehr interessanten Inhaltes wegen, einem Jeden besonders zu empfehlen.

Von **Karl Eisner** wird demnächst unter dem Titel „**Tagelöhner**“ eine Sammlung von Culturlosigkeiten aus dem ersten Jahrzehnt des neuen Curtes herausgegeben werden. Das Buch, das in 8 Abtheilungen (zur 4. Abthl. Literarische, Maskenspiel) zerfällt, erscheint im Verlage von Dr. John Edehem zu Berlin.

Von der „**Kommunale Praxis**“ Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Kaden & Comp.) ist uns soeben die Nr. 12 des 1. Jahrganges zugegangen. Dem Inhalt dieser Nummer, aus dem wir unter Anderem „**Zur Wohnungsfrage, Gesundheitswesen**“ die Leitung der Krankenhäuser, — **Reinigung der Schulräume**. — Die Bedeutung der

zahnärztlichen Unterfuchung der Schulkinder. — **Gemeindegeldhäuser** für die Gemeinden hervorzuheben wollen, ist für jeden, sich für kommunale Angelegenheiten interessierenden Leser äußerst wichtig und daher die „**Kommunale Praxis**“ nur zu empfehlen. Die „**Kommunale Praxis**“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mark (eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4019 a, 4. Nachtrag).

Ueber die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland entnehmen wir der Halbmonatsschrift „**Der Arbeitsmarkt**“ folgende Angaben: Die vorübergehende Belebung zu Beginn des Frühjahr hat schnell einem weiteren Rückgang Platz gemacht. Die Produktionseinschränkung um 5 v. H. durch das Coals- und Kohlen-syndikat spiegelt die Abnahme des Beschäftigungsgrades weit über das Eisen-gewerbe hinaus wieder. Im Bergbau geben die Löhne zuzunehmen, auf den großen Eisenwerken finden Arbeiterentlassungen statt, in Maschinenbauanstalten wird vielfach vortürzgearbeitet. Der allgemeine Rückgang zeigt sich auch in den Mitgliederzahlen der Krankenkassen. Während sonst der Mai eine Zunahme bringt, die im Vorjahre 2,2 v. H. betrug, blieb sie in diesem Jahre aus, ja es zeigt sich sogar ein kleiner Rückgang um 0,1 v. H. Um so mehr wächst das Angebot an den Arbeitsnachweisen. Auf 44 252 (im Mai 1900 50 143) offene Stellen kamen 85 102 (53 441) Arbeit-suchende, so daß auf 100 offene Stellen 145,9 (106,6) Arbeit-suchende entfielen. Auch im Vergleich zum April d. J. zeigte der Mai eine Zunahme des Arbeitslosen-anbranges. Derselbe hat an 44 Orten zugenommen und an 82 abgenommen.

**Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe.**  
Sonntag, den 4. August 1901, Vormittags 10 1/2 Uhr:  
Außerordentliche  
**Generalversammlung**  
im Kaiserstädtischen Concerthaus, Alte Jakobstr. 37.  
Tagesordnung: 1. Bericht über den Vermögensstand unserer Kasse. 2. Abänderungen des Statuts. 3. Verschiedenes.  
Berlin, den 18. Juli 1901.  
**Der Vorstand**  
Job. Glens, Gust. Lehmann, Vorsitzender, Schriftführer.  
**Achtung! Mitglieder der Zahlstelle II, Berlin.** Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind vom 21. Juli bis 3. August an den II. Vorsitzenden, Kollegen Emil Jandritz, Schönberg-Berlin, Wersbargerstr. 4, 2. Luercg. IV. zu senden.  
**Der Vorstand**  
J. A. A. Mable, Reinickendorferstr. 7 IV.

**Verband der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Zahlstelle II, Berlin (Hilfsarbeiter).**  
**Nachruf!**  
Am Sonnabend, den 6. Juli, verstarb nach schwerem Leiden unser Kollege  
**Paul Albrecht**  
im Alter von 31 Jahren.  
Leicht werde ihm die Erde!  
Der Vorstand.

**Verband der in Buchdruckereien beschäft. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. — Zahlstelle II, Berlin (Hilfsarbeiter).**  
Sonntag, den 11. August 1901:  
**Großes Sommertfest**  
in den Gesammträumen der Arminhallen, Kommandantenstraße 20.  
bestehend in **Concert**, ausgeführt von **Civilmusikern** unter bewährter Leitung des Herrn **Wianschewski**, sowie **Gesangs- und humoristischen Vorträgen**, unter gütiger Mitwirkung des **Gesangsvereins „Solidarität“** (Buchdruckerei-Hilfsarbeiter) M. d. A. S. B., unter Leitung seines Dirigenten Herrn **Hilfenberger**. Auftreten des berühmten „**Berliner Alt-Crio**“, sowie des **Instrumentalisten Herrn W. Lenz**.  
Zu neu renovirten Saale von 3 Uhr ab **Tanz**. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Jedes Kind erhält am Eingang eine **Stocklaterne gratis!**  
Die **Kaffeeküche** steht den verehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. (6 Liter 80 Pf., 1/2 Liter 40 Pf.)  
**Eröffnung 3 Uhr. Billet 30 Pf. Garderobe 10 Pf. Anfang 4 Uhr.**  
Billets sind bei den Kollegen im Arbeitsnachweis, Holzmarktstr. 3 Durgth. III (Tel.: A. 4, 1656) sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.  
Genüßreiche Stunden versprechend, ladet alle Freunde und Gönner unseres Vereins ein  
**Der Vorstand.**